



Ergeht an

Amt der Burgenländischen Landesregierung
– per Mail am post.vdl@bgld.gv.at

Stellungnahme

09.01.2023

Betreff: Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes, mit dem das
Burgenländische Jugendförderungsgesetz 2007 geändert wird

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie folgt nimmt die **Evangelische Jugend Burgenland** zur geplanten Änderung des Jugendförderungsgesetzes Stellung:

Im Entwurf zur Änderung des Jugendförderungsgesetzes sind massive Änderungen in der Arbeitsweise und in der **Selbstbestimmtheit** des Landesjugendforums geplant.

Laut Entwurf soll das Landesjugendreferat als Geschäftsstelle den Vorsitz im Landesjugendforum übernehmen und eine Geschäftsordnung vorschlagen. Bisher hat das Landesjugendforum selbstbestimmt den Vorsitz gewählt und sich selbst eine Geschäftsordnung gegeben. Gemeinsam Kompromisse zu finden und sich selbst zu repräsentieren waren und sind dem Landesjugendforum wichtige Anliegen. Die Eigenständigkeit dieser wichtigen Institution, in der die burgenländischen Jugendorganisationen zusammenkommen, wird damit beschnitten und demokratische Elemente werden zurückgedrängt.

Bisher gaben sich die burgenländischen Jugendorganisationen – verbandlich, religiös, sportlich, politisch, und viele mehr – über den eigenen ideologischen Tellerrand blickend eigene Regeln, die sowohl die Mitgliedschaft im Landesjugendforum regelten als auch die Aufgabe beinhaltet hat einen Vorschlag zur Förderung und Aufteilung der Basisförderung des Landes an die Jugendorganisationen zu erstellen.



Auch diese Praxis des Vorschlags für die Basisförderung wird dem Landesjugendforum genommen – in Zukunft kann das Land darüber entscheiden ohne die Jugendorganisationen einzubinden.

Damit wird eine jahrzehntelange Praxis abgeschafft und das Landesjugendforum seiner Selbstbestimmtheit beraubt.

Wir fordern die Landesregierung auf, dem Landesjugendforum und den darin vertretenen Jugendorganisationen nicht das Selbstbestimmungsrecht zu nehmen – dazu gehören vor allem die Wahl eines Vorsitzes und die Gestaltung einer eigenen Geschäftsordnung.

Weiters fordern wir, dass der Vorschlag auf Basisförderung als Aufgabe beim Landesjugendforum verbleibt. Die Praxis in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten hat sich bewährt und sorgt auch bei den Organisationen für Planungssicherheit.

Gewährleisten wir weiterhin demokratische, selbstbestimmte Prozesse unter Einbindung aller Jugendorganisationen, wie sie sich in der Vergangenheit bewährt haben.

Mit der Bitte um Unterstützung unseres Anliegens verbleiben wir mit freundlichen Grüßen!

i.A. der Diözesanen Jugendleitung

Ihre

VS Steffi Schmidt